
Chantal Mouffe

Eine Grüne demokratische

Revolution

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2799

Schon früh erkannte Chantal Mouffe in den multiplen Krisen unserer Zeit einen »populistischen Moment«. Nun stellt sie ernüchtert fest: Rechte Parteien haben diesen viel erfolgreicher genutzt als linke. Den Grund sieht Mouffe darin, dass Rechtspopulisten und autoritäre Neoliberale geschickt Gefühle manipulieren und das Sicherheitsbedürfnis der Menschen ausbeuten. Linke hingegen setzen mit Projekten wie dem »Green New Deal« rationalistisch allein auf die Kraft des besseren Arguments. Mit ihrer hochaktuellen Intervention knüpft die Politikwissenschaftlerin an ihr Manifest *Für einen linken Populismus* an. Sie entwickelt die Vision einer »Grünen demokratischen Revolution«, die soziale Gerechtigkeit mit ökologischen Zielen verbindet und die Leidenschaften der Menschen mobilisiert.

Chantal Mouffe, geboren 1943 in Charleroi, lehrt Politische Theorie an der University of Westminster. In der edition suhrkamp erschien zuletzt: *Für einen linken Populismus* (es 2729).

Chantal Mouffe

Eine Grüne demokratische Revolution

Linkspopulismus und die Macht der Affekte

Aus dem Englischen von Ulrike Bischoff

Suhrkamp

Die englische Originalausgabe erschien 2022 unter dem Titel
Towards a Green Democratic Revolution.
Left Populism and the Power of Affects bei Verso, London.



Erste Auflage 2023
edition suhrkamp 2799
Deutsche Erstausgabe

© der deutschsprachigen Ausgabe Suhrkamp Verlag AG,
Berlin, 2023

© Chantal Mouffe 2022

Alle Rechte vorbehalten. Wir behalten uns auch eine Nutzung
des Werks für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlag gestaltet nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn

Druck: C.H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978-3-518-12799-5

www.suhrkamp.de

Inhalt

1. Eine neue autoritäre Form des Neoliberalismus	9
2. Politik und Affekte	33
3. Affekte, Identität und Identifikation	53
4. Eine Grüne demokratische Revolution	71
Postskriptum	95
Danksagung	99

Ein Affekt kann nicht anders gehemmt oder aufgehoben werden als durch einen anderen, entgegengesetzten und stärkeren Affekt.
Baruch de Spinoza, *Ethik*, IV.7 (Leipzig 1975 [1677], S. 265)

Weil die Menschen [...] sich mehr von der Affektivität als von der Vernunft leiten lassen, gilt folgendes: Wenn eine Menge natürlicherweise übereinstimmt und meint, von gleichsam einem Geist geleitet zu werden, dann nicht, weil sie von der Vernunft, sondern weil sie von irgendeinem gemeinsamen Affekt geleitet wird.
Baruch de Spinoza, *Politischer Traktat*, VI.1
(*Sämtliche Werke*, Bd. 5.2, Hamburg 2010 [1670], S. 69)

1. Eine neue autoritäre Form des Neoliberalismus

In meinem Buch *Für einen linken Populismus*, das an den diskursiven hegemonialen Ansatz von *Hegemonie und radikale Demokratie* sowie an Ernesto Laclaus Populismusanalyse in *Die populistische Vernunft* anknüpft, habe ich die Lage in Westeuropa in den Jahren nach der Finanzkrise 2008 untersucht. Diese Lage bezeichnete ich als »populistischen Moment«. ¹ Er war Ausdruck verschiedener Formen von Widerstand gegen die politischen und wirtschaftlichen Transformationen, die aus dreißig Jahren neoliberaler Hegemonie erwachsen. Diese Transformationen hatten zu einer Situation geführt, die als »Postdemokratie« charakterisiert wird, um die Erosion der beiden Säulen des demokratischen Ideals zu kennzeichnen: Gleichheit und Volkssouveränität.

In der politischen Arena hat diese Entwicklung eine Konstellation hervorgebracht, die ich in *Über das Politische* als »Postpolitik« gefasst habe. ² Mit diesem Begriff meine ich den Konsens zwischen Mitte-rechts-

1 Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, Berlin: Suhrkamp 2018; Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*, 6. überarbeitete Auflage, Wien: Passagen 2020 [1985]; Ernesto Laclau, *Die populistische Vernunft*, Wien: Passagen 2022 [2005].

2 Chantal Mouffe, *Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion*, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2007.

und Mitte-links-Parteien, dass es zur neoliberalen Globalisierung keine Alternative gebe. Unter dem Vorwand der durch die Globalisierung erzwungenen »Modernisierung« akzeptierten sozialdemokratische Parteien die Diktate des Finanzkapitalismus und die Grenzen, die sie staatlichen Interventionen im Bereich von Umverteilungsmaßnahmen setzten. Politik wurde zu einer rein technischen Angelegenheit mit dem Ziel, die etablierte Ordnung zu verwalten, zu einer Domäne der Experten. Wahlen bieten keine Gelegenheit mehr, sich über traditionelle »Regierungsparteien« für tatsächliche Alternativen zu entscheiden. Das Einzige, was Postpolitik zulässt, ist ein Machtwechsel zwischen Mitte-rechts und Mitte-links. Somit wurde die Macht des Volkes, einer der Grundpfeiler des demokratischen Ideals, untergraben: Die Volkssouveränität wurde für obsolet erklärt und die Demokratie auf ihre liberale Komponente reduziert.

Diese Veränderungen auf politischer Ebene fanden im Kontext eines neuen Modus kapitalistischer Regulierung statt, in dem Finanzkapital eine zentrale Stellung einnimmt. Die Finanzialisierung hat zu einer erheblichen Ausweitung des Finanzsektors auf Kosten der produktiven Wirtschaftsbereiche geführt. Mit den Auswirkungen der Austeritätspolitik, die nach der Krise 2008 durchgesetzt wurde, erlebten wir eine exponentielle Zunahme der Ungleichheit in europäischen Ländern, vor allem im Süden. Diese Ungleichheit betrifft nicht mehr nur die Arbeiterklasse, sondern auch weite

Teile der Mittelschicht, die in einen Prozess der Verarmung und Prekarisierung geraten ist. Diese Entwicklung hat zum Zusammenbruch des anderen Pfeilers des demokratischen Ideals beigetragen – der Verteidigung der Gleichheit, die ebenfalls aus dem breiteren liberaldemokratischen Diskurs eliminiert wurde. Das Ergebnis neoliberaler Hegemonie ist, dass sowohl sozioökonomisch als auch politisch ein wahrhaft oligarchisches Regime geschaffen wurde. Alle, die sich diesem postdemokratischen »Konsens der Mitte« entgegenstellen, werden als Extremistinnen dargestellt und als Populistinnen denunziert.

Eine der zentralen Thesen dieses Buches lautet, dass der »populistische Moment« im postdemokratischen Kontext zu sehen ist. Um seine Dynamik zu verstehen, ist es notwendig, einen antiessentialistischen Ansatz zu verfolgen, der das »Volk« als eine politische Kategorie begreift, nicht als eine soziologische oder als empirisches Bezugsobjekt. Der für die populistische Strategie charakteristische Gegensatz von »Volk« und »Establishment« lässt sich auf sehr unterschiedliche Weisen konstruieren. In mehreren europäischen Ländern sind gegen das Establishment gerichtete Forderungen von rechtspopulistischen Parteien vereinnahmt worden, die die Ablehnung der Postdemokratie auf autoritäre Weise äußern. Diese Bewegungen konstruieren ein »Volk« durch einen exklusiven ethnonationalistischen Diskurs, der Migrantinnen ausschließt, die als Bedrohung der nationalen Identität und des Wohlstands gelten. Sie tre-

ten für eine Demokratie ein, die ausschließlich die Interessen jener verteidigt, die sie für »echte Staatsbürger« halten. Im Namen einer Wiederherstellung der Demokratie fordern sie in Wirklichkeit deren Beschränkung.

Um weitere Erfolge dieser autoritären Bewegungen zu verhindern, ist es meiner Ansicht nach notwendig, die politische Grenze so zu ziehen, dass sie die Demokratie vertieft, statt sie einzuschränken. Das bedeutet, eine linkspopulistische Strategie zu verfolgen, die »ein Volk« zu konstituieren versucht, das auf einer »Äquivalenzkette« zwischen vielfältigen demokratischen Auseinandersetzungen über Fragen der Ausbeutung, Unterdrückung und Diskriminierung aufbaut. Eine solche Strategie läuft darauf hinaus, die »soziale Frage« wieder in den Vordergrund zu rücken und dabei einerseits die zunehmende Fragmentierung und Diversität der »Arbeiterschaft« im Blick zu behalten, andererseits aber auch die Besonderheit der verschiedenen demokratischen Forderungen des Feminismus, Antirassismus und der LGBTQ+-Bewegung zu berücksichtigen. Das Ziel ist die Artikulation eines transversalen »Gemeinwillens«, eines »Volkes«, das geeignet ist, an die Macht zu kommen und eine neue hegemoniale Formation zu etablieren, um einen Prozess in Gang zu setzen, der die Demokratie radikalisiert.

Ein solcher Prozess demokratischer Radikalisierung setzt sich mit den bestehenden politischen Institutionen auseinander und sucht sie durch demokratische Verfahren tiefgreifend zu verändern. Die entsprechen-

de Strategie zielt nicht auf einen radikalen Bruch mit der pluralistischen liberalen Demokratie und die Gründung einer völlig neuen politischen Ordnung ab. Daher unterscheidet sie sich eindeutig sowohl von der revolutionären Strategie der »extremen Linken« als auch vom sterilen Reformismus der Sozialliberalen. Sie ist eine Strategie des »radikalen Reformismus«.

Seit Erscheinen meines Buches *Für einen linken Populismus* 2018 haben mehrere politische Kräfte, die ich dort als Beispiele für die Verfolgung einer »linkspopulistischen« Strategie heranzog – Podemos in Spanien, Jean-Luc Mélenchons La France insoumise und die Labour Party unter Jeremy Corbyn –, eine Reihe von Rückschlägen bei Wahlen erlitten. In Teilen der Linken wird deshalb behauptet, dieses Projekt sei gescheitert und es sei an der Zeit, zu traditionelleren Formen linker Politik zurückzukehren. Jene Rückschläge sind unbestreitbar, jedoch kann man eine politische Strategie nicht aus dem alleinigen Grund verwerfen, dass manche ihrer Anhänger ihre Ziele nicht auf Anhieb erreicht haben.

Diejenigen, die diesen Schluss dennoch ziehen, setzen die linkspopulistische Strategie fälschlicherweise mit einem »Bewegungskrieg« gleich; sie ähnelt aber viel eher einem »Stellungskrieg«, in dem es immer Zeiten des Vormarschs und des Rückzugs gibt. Wenn man nach Gründen für die enttäuschenden Wahlergebnisse von Podemos, Labour und La France insoumise sucht, stellt man zudem fest, dass diese Parteien in der Regel

dann schlecht abschneiden, wenn sie ihre frühere links-populistische Strategie aufgeben. Als Podemos 2015 und Corbyn und Mélenchon 2017 auf linkspopulistische Kampagnen setzten, gewannen sie zwar nicht, erzielten aber sehr gute Ergebnisse. Erst als sie in späteren Wahlkämpfen eine andere Strategie verfolgten, ging ihr Stimmenanteil zurück. Und als Mélenchon sich im Präsidentschaftswahlkampf 2022 auf den Linkspopulismus zurückbesann, stand er wieder gut da. Ein Zeichen dafür, dass die linkspopulistische Strategie nach wie vor relevant ist und nicht aufgegeben werden sollte.

Sicher, wir befinden uns nicht mehr in einer »heißen« populistischen Phase starker Politisierung, und heute herrschen eindeutig völlig andere Bedingungen als vor der Pandemie. Die wiederholten Lockdowns und die von einigen neoliberalen Regierungen eingeführten Formen der Kontrolle haben öffentliche Demonstrationen gegen die Sparpolitik zum Erliegen gebracht. Im Namen der Bekämpfung des Coronavirus wurden immer autoritärere Maßnahmen durchgesetzt. Keine besonders günstige Zeit, um breiten Widerstand zu organisieren. Es kann jedoch nicht davon die Rede sein, dass die neue Situation eine völlig andere Strategie der Linken erfordert.

Wichtig ist, die Besonderheit dieser durch eine doppelte Herausforderung charakterisierten Lage zu erkennen: Wie sollen wir mit den sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie umgehen und wie mit dem

von der Erderwärmung verursachten Klimanotstand? Die Erderwärmung stellt nur einen von vielen Aspekten der Klimakrise dar, aber sie ist unzweifelhaft der augenfälligste, und ihre Folgen sind für viele Menschen unmittelbar spürbar. Wissenschaftler warnen seit Jahrzehnten vor den dramatischen Konsequenzen dieses Phänomens, fanden aber lange kein Gehör. Dank der Mobilisierung der Jugend hat das Klima in der politischen Agenda jedoch eine bedeutende Rolle erhalten. Wenn man eine Antwort auf die neoliberale Offensive ins Auge fasst, lassen sich die soziale und die ökologische Krise, so unterschiedlich sie auch sind, nicht voneinander trennen. Um den Charakter der Kämpfe zu verstehen, in die sie eingebettet sind, ist es aber dennoch hilfreich, sie getrennt zu analysieren.

In diesem Kapitel werde ich die Auswirkungen der Maßnahmen untersuchen, die neoliberale Regierungen ergriffen haben, um mit den sozialen und ökonomischen Folgen der Pandemie umzugehen. Signalisieren sie einen Schritt in Richtung eines »postneoliberalen« Horizonts, wie manche meinen, oder erleben wir vielmehr die Entstehung einer neuen Version des Neoliberalismus, die besser zu der gegenwärtigen Notlage passt?

Die Reaktion der meisten Regierungen auf die Covid-19-Gesundheitskrise war von einem hohen Maß staatlicher Intervention geprägt. Massive Finanzspritzen der Zentralbanken haben viele Firmeninsolvenzen verhindert und es Branchen ermöglicht, zu überleben,

ohne dass sie Arbeitskräfte entlassen mussten. Obwohl ein erheblicher Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten abrupt zum Erliegen kam, gab es keinen katastrophalen ökonomischen Zusammenbruch, weil diverse Formen von Subventionen und Kurzarbeit umgesetzt wurden. Das überraschende Ausmaß dieser staatlichen Interventionen verleitete Menschen vermutlich zu der Annahme, sie bedeuteten einen Bruch mit neoliberalen Prinzipien. Aber ist das tatsächlich der Fall?

Der Neoliberalismus entstand, um die Gesellschaft vor dem »Kollektivismus« zu schützen, den die marxistische und die keynesianische Theorie propagierten; seit der Gründung der neoliberalen Mont Pèlerin Society im Jahr 1947 ist der erklärte Feind dieser Strömung der interventionistische Staat, von dem Friedrich August Hayek behauptete, er bringe Gesellschaften auf den »Weg zur Knechtschaft«. In den Jahren des Sozialstaates der Nachkriegszeit blieb dieser Ansatz marginal. Nachdem er in Chile unter der Diktatur Augusto Pinochets getestet wurde, konnte der Neoliberalismus seine Konzeption einer freien Marktwirtschaft durchsetzen und den Abbau des Sozialstaates in Angriff nehmen, als Margaret Thatcher 1979 und Ronald Reagan 1981 an die Macht kamen. Wie Milton Friedman erklärte, war der Moment gekommen, dass etwas, das lange politisch unmöglich schien, nun »politisch unausweichlich« wurde.

Die neoliberale Offensive nutzte die Krise des keynesianischen Wirtschaftsmodells, in die es angesichts der

Stagflation (einer von Arbeitslosigkeit begleiteten zunehmenden Inflation) in den siebziger Jahren geraten war, und erklärte, es sei dringend notwendig, die Wirtschaftsstrategie radikal zu ändern. Seine Verfechterinnen beschlossen, den zwischen Kapital und Arbeiterschaft geschlossenen Kompromiss aufzukündigen und den Vorrang des Kapitals wiederherzustellen; sie behaupteten, die wachsenden demokratischen Forderungen und die Macht der Gewerkschaften hätten die Gesellschaft »unregierbar« gemacht. Es sei höchste Zeit, die »Politik zu entthronen«, wie Hayek es formulierte.

An dieser Stelle gilt es zu unterstreichen, dass man zwar verkündete, die neoliberale Politik werde die Menschen von der Tyrannei des Staates befreien und eine Ära der Freiheit einläuten, dass sie aber von Anfang an mit massiven Repressionen gegen ihre Gegner einherging. Das bekamen beispielsweise die Bergleute in Großbritannien und die Gewerkschaften im öffentlichen Sektor der Vereinigten Staaten zu spüren. Der Politikwissenschaftler Andrew Gamble hat auf die zentrale Rolle des Staates in den tatsächlichen Praktiken des Neoliberalismus hingewiesen und festgehalten, man habe eine Strategie der »freien Wirtschaft und des starken Staates« verfolgt.³ Was es zu beschneiden galt, waren die Umverteilungsfunktion des Staates und seine Rolle in der Wirtschaftsplanung; seine repressiven

3 Andrew Gamble, *The Free Economy and the Strong State. The Politics of Thatcherism*, Durham: Duke University Press 1988.

Funktionen jedoch mussten gestärkt werden, um Eigentumsrechte zu verteidigen und das Funktionieren des freien Marktes zu sichern.

David Harvey erklärt in seiner *Kleinen Geschichte des Neoliberalismus*:

Der Neoliberalismus ist zunächst einmal eine Theorie politisch-ökonomischen Handelns, die davon ausgeht, dass man den Wohlstand der Menschen optimal fördert, indem man die individuellen unternehmerischen Freiheiten und Fähigkeiten freisetzt, und zwar innerhalb eines institutionellen Rahmens, dessen Kennzeichen gesicherte private Eigentumsrechte, freie Märkte und freier Handel sind. Die Rolle des Staates besteht einfach darin, einen institutionellen Rahmen zu schaffen und zu erhalten, der solchem Wirtschaftshandeln angemessen und förderlich ist.⁴

In dem Buch zeigt Harvey, wie die Hinwendung zum Neoliberalismus seit den siebziger Jahren mit Praktiken der Deregulierung, Privatisierung und des Rückzugs des Staates aus vielen Bereichen der sozialen Daseinsvorsorge einherging.

Durch solche Praktiken gelang es den Neoliberalen, die Vorstellung durchzusetzen, die Freiheit des Marktes sei die Bedingung für die Ausübung individueller Freiheit. Diese Annahme wurde so fest im Alltagsverständnis verankert, dass sie irgendwann als selbstverständlich galt. Nachdem die Ideologie des »Besitzin-

⁴ David Harvey, *Kleine Geschichte des Neoliberalismus*, Zürich: Rotpunkt 2007, S. 8.

dividualismus« in der Ära des sozialdemokratischen Konsenses der Nachkriegszeit im Zaum gehalten worden war, wurde sie nun wieder zur Matrix vieler gesellschaftlicher Beziehungen.

In Großbritannien startete Margaret Thatcher unter diesem Banner der Freiheit ihre ideologische Offensive gegen die Schlüsselemente der sozialdemokratischen Hegemonie. Was wie Arbeitslosigkeit zuvor als soziales Problem verstanden worden war, das daher auch einer sozialen Lösung bedurfte, wurde in persönliches Versagen umdefiniert, und staatliche Interventionen galten nun als Form der Unterdrückung. Indem Thatcher die Vorzüge des freien Marktes propagierte, konnte sie die Unterstützung vieler Sektoren gewinnen, die ihr Versprechen, sie von der repressiven Macht des Staates zu befreien, attraktiv fanden.

Der Thatcherismus stieß in weiten Teilen der populären Klassen (*classes populaires*) auf Zustimmung, weil die bürokratische Art, in der viele Sozialleistungen verteilt wurden, Widerstand gegen staatliche Interventionen erzeugt hatte. Thatchers Fähigkeit, sich die in diesem Widerstand mitschwingenden Affekte zunutze zu machen, erklärt ihren Erfolg bei der Umsetzung neoliberaler Maßnahmen in Großbritannien.

Man muss sich außerdem klarmachen, dass der Neoliberalismus (als ökonomisch-politisches Regime) je nach Kontext vielfältige ideologische Formen annehmen kann, denen aber bestimmte Merkmale gemeinsam sind. Und daher sollte man sich davor hüten, eine neue